

Beschlussbuch

2. Landesdelegiertenkonferenz
der Jusos Brandenburg 2017
Datum: Am Samstag, den 14.10.2017
Ort: Großbeerenstraße 109, 14482 Potsdam



Inhaltsverzeichnis	Seite
Leitantrag: Lehren ziehen und konsequent handeln – die Brandenburger SPD auf dem Prüfstand (Beschluss 01/LDK/02/2017)	1
Mitbestimmungsrechte von Kindern- und Jugendlichen in die Kommunalverfassung (Beschluss 02/LDK/02/2017)	6
Rückerstattung unrechtmäßiger Semesterbeiträge für alle möglich machen. (Beschluss 03/LDK/02/2017)	8
Sicherheit durch eine bürgernahe Justiz: Eine starke Justiz erfordert eine aktive Berücksichtigung des Generationenwandels (Beschluss 04/LDK/02/2017)	9
Babybox für Brandenburg (Beschluss 05/LDK/02/2017)	11
Investitionspaket für sozialen Wohnraum (Beschluss 06/LDK/02/2017)	12
Schulinvestitionspaket (Beschluss 07/LDK/02/2017)	13
Anpassung der Semesterzeiten an internationale Standards (Beschluss 08/LDK/02/2017)	14
Stipendienprogramm für Medizinstudierende (Beschluss 9/LDK/02/2017)	15
Überstunden gesetzlich begrenzen (Beschluss 10/LDK/02/2017)	16
Zugang zur Digitalisierung ermöglichen – SchülerInnen-Bafög anpassen (Beschluss 11/LDK/02/2017)	17

1 AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand
2 Titel / Überschrift: Leitantrag: Lehren ziehen und konsequent handeln – die
3 Brandenburger SPD auf dem Prüfstand

4	<input type="radio"/> angenommen	<input checked="" type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an

6

7 Für die Brandenburger SPD ist der 24. September 2017 eine Zäsur: Wir haben es
8 nicht nur zum zweiten Mal in Folge verpasst, stärkste Kraft bei einer
9 Bundestagswahl zu werden, wir haben mit gerade einmal 17,6 % auch unser
10 schlechtestes Ergebnis seit 1990 eingefahren. Währenddessen holen die
11 Rechtspopulist*innen von der AfD über 20 % der Stimmen. Der sehr erfreuliche
12 Gewinn des Direktmandats von Manja Schüle im Wahlkreis 61 (als einziges in
13 Ostdeutschland) kann und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser
14 Selbstverständnis als "die Brandenburg-Partei" weit von der Realität entfernt ist.

15 Im Bund wird sich die SPD in der Opposition neu aufstellen können und müssen. In
16 Brandenburg muss es angesichts der offensichtlichen Inhalts- und Profillosigkeit
17 der Opposition, namentlich der CDU, aber weiter unser Anspruch sein, das Land an
18 der Spitze der Regierung zu gestalten. Dazu gehört aber aus unserer Sicht eine
19 komplette Neuaufstellung der SPD – und zwar programmatisch, personell und
20 organisatorisch.

21 Tue Gutes – und rede drüber!

22 Oft kommt gute Politik bei den Menschen nicht an – weil es an der richtigen
23 Kommunikation mangelt. Bestes Beispiel in Brandenburg ist die
24 Verwaltungsstrukturreform. Nur die hartnäckigsten Realitätsverweigerer in CDU
25 und BVB/Freie Wähler leugnen die Reformbedürftigkeit der Brandenburger
26 Verwaltungen. Aber die Reform ist seitens der Landesregierung von Anfang an
27 katastrophal kommuniziert worden. Dass man als verantwortlicher Minister mit
28 Aussagen wie „Frankfurt ist nicht einmal für Flüchtlinge attraktiv“ keine Akzeptanz
29 schafft, sollte sich von selbst verstehen.

30 Für uns ist klar: Die Verwaltungsstrukturreform ist und bleibt notwendig, um die
31 Brandenburger Kommunalverwaltungen zukunftsfest zu machen. Dazu gehören
32 auch Einkreisungen und Kreiszusammenlegungen; dies allein reicht aber nicht aus.
33 Die Funktionalreform muss daher noch einmal neu gedacht und durch weitere
34 Aufgaben ergänzt werden, insbesondere im Bereich der Schulaufsicht. Daneben ist
35 ein „Neustart“ in der Kommunikation nach außen notwendig.

1 Daneben gibt es aber auch einige Bereiche, in denen die Brandenburger SPD-
2 Führung die Augen vor dem Notwendigen verschließt. Wir fordern daher:

3 Mit Augenmaß aus der Kohle raus

4 Um die Klimaziele von Paris noch zu erreichen, müssen wir bis 2035 endgültig aus
5 der Kohle aussteigen. Wir fordern ein klares Bekenntnis zum Ausstieg 2035. Die
6 nötigen Schritte für die kommenden Jahr müssen schnellstmöglich und
7 konsequent umgesetzt werden. Wir wollen unser Klima schützen, die
8 Wettbewerbsfähigkeit der Region erhalten und den Menschen in der Lausitz
9 Alternativen bieten. Die Lausitzer*innen müssen an der Gestaltung eines
10 Konzeptes zur wirtschaftlichen Entwicklung, Arbeitsplatzsicherung und künftigen
11 Ausrichtung ihrer Region beteiligt werden. Wir müssen jetzt fortschrittlich und
12 innovative Gegenentwürfe neben Tourismus und Erneuerbaren Energien erörtern,
13 um einen wirklichen Strukturwandel zu vollziehen, bei dem niemand
14 zurückgelassen wird.

15 Gute Bildung – für alle

16 In der Bildungspolitik hat sich in den letzten Jahren viel Lobenswertes getan. Dies
17 betrifft vor allem die Abkehr von der verfehlten Oberstufenreform (Rückkehr zu
18 zwei Leistungskursen), den Einstieg in die beitragsfreie Kita und die Ermöglichung
19 von Schulzentren für längeres gemeinsames Lernen. Dennoch ist zwar vieles
20 besser, aber längst nicht alles gut geworden. Insbesondere die Lehramtsausbildung
21 bedarf einer gründlichen Evaluation und Neustrukturierung. Eine stärkere Aus-
22 (und auch Weiterbildung bereits aktiver Lehrer*innen) im Bereich Neue Medien ist
23 heutzutage unerlässlich. Weiterhin muss der Praxisbezug dringend gestärkt
24 werden.

25 Auch im Bereich längeres gemeinsames Lernen ist noch viel Luft nach oben. Ziel
26 und Ideal unserer Bildungspolitik sollte nach wie vor die Gemeinschaftsschule als
27 eine Schulform für alle Schüler*innen in Brandenburg sein, wie es die SPD in
28 „Brandenburg 2030“ bereits beschlossen hat.

29 Brandenburger Justiz zukunftsfest machen

30 Während mit großem medialem Aufwand die Polizeireform nach und nach
31 zurückgedreht wird, steuert die brandenburgische Justiz auf eine riesige
32 Pensionierungswelle zu. So wird in den nächsten zehn Jahren mehr als ein Drittel
33 der an den Brandenburger Gerichten tätigen Richter in den Ruhestand wechseln;
34 ähnlich sieht es bei den Staatsanwaltschaften aus. Bis ein Jurist im gerichtlichen
35 bzw. staatsanwaltlichen Dienst zu einer Führungskraft aufgebaut ist, vergehen

1 allerdings Jahre. Deshalb ist es vonnöten, bereits jetzt eine deutliche
2 Personalaufstockung in der Brandenburger Justiz vorzunehmen.

3 Digitalisierung

4 Eines der größten Probleme auf dem Weg zu einer digitalisierten Verwaltung in
5 Deutschland ist der Flickenteppich an Gemeinde-, Kreis-, Landes- und
6 Bundesverwaltungen, denen eine koordinierende Instanz zur Durchsetzung
7 gemeinsamer Standards und kompatibler Anwendungen weitgehend fehlt. Das
8 Land Brandenburg muss hier seine Anstrengungen hin zu einer flächendeckenden
9 digitalisierten Verwaltung mit hoher Qualität und Bürger*innenfreundlichkeit
10 intensivieren. Dazu gehört es, eine bessere Zusammenarbeit von Land, Kreisen und
11 Gemeinden unter anderem mittels entsprechender Anreize, eines E-Government-
12 Gesetzes und der Schaffung notwendiger Koordinationsstrukturen
13 herbeizuführen. Ein wichtiger Schritt ist es dabei, einheitliche Standardprogramme
14 für Schlüsselanwendungen durch das Land zu entwickeln und allen
15 Verwaltungsebenen zur Verfügung zu stellen. Insbesondere kleinere und
16 finanzschwächere Kommunen müssen durch Beratungs- und
17 Fortbildungsangebote auf dem Weg zur digitalisierten Gemeinde unterstützt
18 werden. Die Landesregierung sollte außerdem mit gutem Beispiel vorangehen und
19 ihr eigenes IT- und Digitalisierungsmanagement evaluieren und bei Bedarf
20 weiterentwickeln, um den hochkomplexen und sich verändernden
21 Herausforderungen gerecht zu werden. Zusätzlich muss sie sich auf Bundesebene
22 – etwa im Rahmen des gemeinsamen IT-Planungsrates – für eine bessere
23 Zusammenarbeit von Bund und Ländern zur Nutzung von Synergiepotenzialen und
24 eine Harmonisierung der verwendeten Anwendungen einsetzen.

25
26 Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen brauchen oft
27 Unterstützung bei dem Weg in die digitalisierte Arbeitswelt. Hier kann das Land
28 durch die Schaffung entsprechender Beratungsangebote und Austauschforen
29 helfen. Auch das Know-How von führenden wissenschaftlichen Einrichtungen wie
30 dem HPI in Potsdam oder der TH Wildau kann so noch besser für die Förderung der
31 regionalen Wirtschaft nutzbar gemacht werden.

32 Um an der Digitalisierung überhaupt teilhaben zu können, ist die Nutzung des
33 Internets notwendig. Die Landesregierung sollte daher den Zugang zu
34 Breitbandinternet als Bestandteil der elementaren Grundversorgung begreifen
35 und schnellstmöglich einen Plan zur Sicherstellung einer lückenlosen Versorgung
36 von Menschen wie Betrieben in allen Regionen des Landes bis Ende 2020 vorlegen.

37 Die neue SPD: jünger, linker, weiblicher

1 In vielen Teilen Brandenburgs hat sich gezeigt: Unser bisheriges Personalangebot
2 überzeugt den Großteil der Wähler*innen nicht (mehr). Erststimmenergebnisse
3 von unter 20 % in sechs von zehn Wahlkreisen müssen ein Alarmsignal sein. Wo
4 wir dagegen auf jüngere und/oder weibliche Kandidierende gesetzt haben, hat
5 sich das bezahlt gemacht, insbesondere bei Manja Schüle, aber zum Teil auch bei
6 Benjamin Grimm in Oberhavel. Dass nur drei von zehn Direktkandidierenden
7 Frauen waren, ist vor diesem Hintergrund umso bedauerlicher.

8 Für uns ist daher klar: Die SPD Brandenburg braucht neues Personal – jünger,
9 linker, weiblicher.

10 Qualifiziertes junges Personal kommt aber nicht von allein. Deshalb ist es höchste
11 Zeit, dass die in der SPD Brandenburg und bei den Jusos zuletzt angelaufene
12 Fortbildung der eigenen Mitglieder ausgebaut wird. Das Konzept der Seminarreihe
13 bzw. der Parteischule müssen gründlich evaluiert und ausgebaut werden, gerade
14 auch mit Blick auf die Wahlen 2019 und die zukünftige Besetzung der
15 Parteigremien. Insbesondere gilt dies für junge rauen. Gerade einmal neun von 18
16 Unterbezirksvorständen in der SPD Brandenburg erfüllen die 40%-
17 Geschlechterquote. Hier wird bereits Potenzial verschenkt, das uns auf höheren
18 politischen Ebenen dann fehlt.

19
20 Auch die Repräsentation von jungen Menschen spiegelt sich in den Gremien der
21 SPD nicht immer wieder. Die Jusos stellen immerhin fast ein Fünftel der Mitglieder
22 der SPD Brandenburg. Um diesen Anteil angemessen vertreten zu sehen, fordern
23 wir daher die Einführung einer Jugendquote von 20% für den Landesvorstand der
24 SPD Brandenburg sowie für die Unterbezirksvorstände.

25

26 Auch bei den zukünftigen Wahlen müssen neue Gesichter her, um die Menschen
27 von der SPD Brandenburg zu überzeugen. Ein probates Mittel ist auch dafür eine
28 Art Quote: Jeder vierte Listenplatz soll in Zukunft an ein*e Kandidat*in vergeben
29 werden, der/die dem jeweiligen Parlament (noch) nicht angehört. Außerdem muss
30 dafür Sorge getragen werden, die Aufstellung des Entwurfs der Landesliste
31 transparenter erfolgt und die Parteibasis mehr Einfluss erhält.

32 **Mut zum Lückenschluss: Aufbauhilfe für unsere weißen Flecken**

33 Die Zweitstimmenergebnisse der Bundestagswahl sind nicht nur insgesamt,
34 sondern auch für sich genommen ernüchternd: Lediglich in zwei Wahlkreisen
35 (56/Dagmar Ziegler und 60/Erardo Rautenberg) konnten wir mehr als 20% der
36 Wähler*innen von uns überzeugen. Besonders der Süden Brandenburgs ist schon
37 seit längerer Zeit fest in der Hand der CDU (und neuerdings der AfD). Hier ist der

1 SPD-Landesverband gefragt: Insbesondere die struktur- und mitgliederschwachen
2 Unterbezirke benötigen personelle, strukturelle und möglicherweise auch
3 finanzielle Unterstützung. Für die zukünftige sozialdemokratische Arbeit ist neben
4 der Qualität vor allem die Sichtbarkeit entscheidend: Eine flächendeckende
5 Ausstattung mit modernen und zeitgemäßen Räumlichkeiten für
6 Unterbezirksgeschäftsstellen ist eine – wenn auch nicht die einzige –
7 Voraussetzung für gute Wahlergebnisse.

8
9 Ein ähnliches Bild ergibt sich – im größeren Rahmen – beim Blick auf die
10 Landesverbände. Strukturell (halbwegs) gut aufgestellten Verbänden wie
11 Nordrhein-Westfalen oder Niedersachsen steht etwa in Sachsen-Anhalt oder
12 Thüringen sozialdemokratisches Entwicklungsland gegenüber. Wir erwarten daher
13 von unserem Mitglied im Parteivorstand und von unserem Schatzmeister, dass bei
14 der Gestaltung der innerparteilichen Finanzierung ein erhöhtes Augenmaß auf die
15 Regionen mit schwächerer sozialdemokratischer Infrastruktur und daher (leider)
16 insbesondere auf die ostdeutschen Landesverbände gelegt wird.

17 Einführung von online-organisierten Themenforen

18 Jedes Parteimitglied soll sich unbürokratisch in einer festgelegten Anzahl an
19 Online-Themenforen beteiligen können. Dazu werden Themenforen zu
20 verschiedenen Politikbereichen (z. B. Arbeit, Umwelt, Digitales) eingerichtet, die
21 jedes Parteimitglied einsehen darf.

22 Die Online-Themenforen sollen nicht nur die konkrete inhaltliche Sacharbeit an
23 Texten ermöglichen. Vielmehr sollen diese auch der Vernetzung dienen, in dem
24 Online-Konferenzen, Chats, aber auch klassische Konferenzen vor Ort ermöglicht
25 werden.

26 Die Themenforen sind antragsberechtigt für den Bundesparteitag.

27 Die SPD Brandenburg, insbesondere ihr Vertreter im SPD-Parteivorstand, wird
28 damit beauftragt, sich für die Einführung der online-organisierten Themenforen
29 auf Bundesebene einzusetzen.

1 AntragstellerInnen: LAK IKR

2 Titel / Überschrift: Mitbestimmungsrechte von Kindern- und Jugendlichen in die
3 Kommunalverfassung

4	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
5	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an

6

7 Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf, im Rahmen einer
8 Gesetzesinitiative die flächendeckende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
9 gesetzlich zu verankern und mittels einer Landesstrategie dafür zu sorgen, dass
10 diese Gesetzesänderungen auch umgesetzt werden.

11

12 1. Hierzu wird im § 19 der Kommunalverfassung der folgende Absatz
13 eingefügt:

14

15 *Die Gemeinde muss bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von*
16 *Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.*
17 *Hierzu muss die Gemeinde über die Beteiligung der Einwohnerinnen und*
18 *Einwohner nach den §§ 13 bis 16 hinaus geeignete Verfahren entwickeln.*
19 *Insbesondere kann die Gemeinde eine Jugendvertretung einrichten. Hierzu*
20 *können weitere Formate, über die im § 19 Abs. 1 genannten Möglichkeiten*
21 *hinaus, entwickelt werden. Die Mitglieder der Jugendvertretung sind*
22 *ehrenamtlich tätig.*

23

24 2. Außerdem wird im § 17a des Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches
25 Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe (AGKJHG) der folgende Absatz
26 eingefügt:

27

28 *Kinder und Jugendliche sollen an Planungen in den Gemeinden in*
29 *angemessener Weise beteiligt werden, soweit ihre Interessen hiervon berührt*
30 *werden. Es soll eine dauerhafte Beteiligungsmöglichkeit eingerichtet werden.*

31

32 3. Zur Umsetzung der oben genannten Änderungen soll zudem eine
33 Landesstrategie zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Landtag
34 beschlossen werden, die u.a. sicherstellt, dass die Kommunen mit
35 ausreichend Ressourcen und dem nötigen Know How ausgestattet sind, die
36 sie zur Umsetzung von Kinder- und Jugendbeteiligung benötigen. Darüber
37 hinaus sind in der genannten Landesstrategie wirksame Maßnahmen zur

1 Stärkung von Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in den
2 Bereichen festzulegen, in denen sie sich bewegen.
3 Dazu gehören insbesondere die Schulen, aber auch Jugendeinrichtungen,
4 Kindergärten oder Spielplätze. Insbesondere Schülerinnen und Schüler
5 müssen im Rahmen der Gremienarbeit an den Schulen einen stärkeren
6 Einfluss auf ihre Schule erhalten können. Außerdem sind Maßnahmen
7 effektiver außerschulische politischer Bildung zu vereinbaren.
8 Diese Strategie soll gemäß Kommunalverfassung mit den kommunalen
9 Spitzenverbänden, dem MIK, dem MBS, Schüler-, Lehrer-, Eltern- und
10 Jugendverbänden und nicht zuletzt den Jugendlichen selbst gemeinsam
11 ausgearbeitet und nach gesetzten Fristen evaluiert werden.
12 Bereits bestehende effektive Strukturen sollen dafür genutzt werden.

1 AntragstellerInnen: LAK IKR

2 Titel / Überschrift: Rückerstattung unrechtmäßiger Semesterbeiträge für alle
3 möglich machen.

4	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
5	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an

6

7 Unrechtmäßig erhobene Semesterbeiträge sind an alle Betroffenen auf Antrag
8 zurück zu erstatten.

1 AntragstellerInnen: LAK IKR

2 Titel / Überschrift: Sicherheit durch eine bürgernahe Justiz: Eine starke Justiz
3 erfordert eine aktive Berücksichtigung des Generationenwandels

4	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an

6

7 Der SPD-Landesverband Brandenburg bekennt sich zu einer starken Justiz, welche
8 die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger garantiert und dabei gleichzeitig deren
9 Bürgerrechte beachtet und absichert. Der Landesverband dankt allen
10 Justizmitarbeiterinnen und Justizmitarbeitern für die vergangenen mehr als 25
11 Jahre, in denen ein leistungsstarker Rechtsstaat in Brandenburg aufgebaut wurde.
12 Es gilt nun, die erzielten Erfolge im Rahmen eines sich abzeichnenden
13 demographischen Wandels in der Justiz zu verteidigen und diesen Rechtsstaat
14 auch mindestens für die nächsten 25 Jahre zukunftsfest zu machen:

15

16 1. Der SPD-Landesverband spricht sich daher dafür aus, den
17 Generationenwandel durch eine aktive Nachwuchspolitik in allen Bereichen
18 der Justiz, einschließlich Justizvollzug durch die Ausweisung entsprechend
19 genügender Nachwuchsstellen und Ausbildungs- bzw.
20 Einstellungskorridore zu begleiten.

21

22 2. Für den Bereich der Richterinnen und Richter & Staatsanwältinnen und
23 Staatsanwälte sollte dieser Einstellungskorridor mindestens 30
24 Rechtsassessoren pro Jahr betragen. In diesem Zusammenhang spricht sich
25 der SPD Landesverband dafür aus, die jeweiligen Bestabsolventinnen und –
26 absolventen des zweiten Staatsexamens in Brandenburg gezielt
27 anzusprechen, sich für den Landesdienst in Brandenburg zu bewerben.

28

29 3. Der SPD-Landesverband fordert die SPD-Landtagsfraktion dazu auf, diese
30 Maßnahmen spätestens mit dem nächsten Haushaltsplan, wenn möglich
31 bereits früher, umzusetzen.

32

33 4. In diesem Zusammenhang fordert der SPD-Landesverband die SPD-
34 Landtagsfraktion dazu auf zu prüfen, ob die seit einigen Jahren
35 bestehenden Personalflexibilisierungsinstrumente im Rahmen der
36 geltenden verfassungsrechtlichen Vorgaben in der Justiz ausgebaut werden

- 1 können. Hierdurch soll eine zukünftig bessere Bewältigung schwankender
- 2 Belastungen einzelner Gerichte und Staatsanwaltschaften sichergestellt
- 3 werden.

1 AntragstellerInnen: Jusos Potsdam
2 Titel / Überschrift: Babybox für Brandenburg

3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
4	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an

5

6 Wir fordern die Landesregierung auf, nach finnischem Vorbild die Eltern jedes in
7 Brandenburg neugeborenen Kindes mit einer brandenburgischen „Babybox“ zu
8 unterstützen.

9 Diese Babybox sollte – wie in Finnland – so konzipiert sein, dass ein neugeborenes
10 Kind in ihr sicher schlafen kann. Mit der Box können Babykleidung, Kosmetik- und
11 Hygieneprodukte, Hinweise auf Beratungsangebote und weitere
12 Unterstützungsmaterialien versandt werden.

1 AntragstellerInnen: Jusos Potsdam
2 Titel / Überschrift: Investitionspaket für sozialen Wohnraum

3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
4	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an

5
6 Wir fordern die Landesregierung auf, ein Investitionspaket in Höhe von
7 mindestens 20 Millionen Euro jährlich anzuschieben, um in Städten und
8 Gemeinden mit steigenden Mieten und hoher Nachfrage nach Wohnraum
9 Wohnungen für Personen mit geringerem Einkommen zu schaffen. Diese Mittel
10 sollten lediglich zur Unterstützung von nicht-profitorientierten Bauträgern zur
11 Verfügung stehen.

1 AntragstellerInnen: Jusos Potsdam
2 Titel / Überschrift: Schulinvestitionspaket

3	<input checked="" type="checkbox"/> angenommen	<input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen
4	<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> überwiesen an

5

6 Um kommunale Schulträger bei der Gewährleistung einer vollumfassend
7 zufriedenstellenden Lernatmosphäre zu unterstützen, fordern wir die
8 Landesregierung auf, ein Schulinvestitionspaket in Höhe von mindestens 20
9 Millionen Euro anzuschieben. Die Mittel sollen neben der Modernisierung von
10 Gebäuden und der Beseitigung von baulichen Mängeln insbesondere zur
11 flächendeckenden Bereitstellung der notwendigen technischen Ausstattung zur
12 zeitgemäßen Teilhabe an der Digitalisierung im Bildungsbereich genutzt werden.

1 AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand

2 Titel / Überschrift: Anpassung der Semesterzeiten an internationale Standards

3 angenommen mit Änderungen angenommen

4 abgelehnt überwiesen an

5

6 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert, die Semesterzeiten an allen
7 öffentlichen Hochschulen des Landes mit internationalen Standards zu
8 harmonisieren. Sommersemester sollten dementsprechend vom 01.08. bis zum
9 31.01. und Wintersemester vom 01.02. bis zum 31.07. andauern, um insbesondere
10 den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftlerinnen zu
11 erleichtern.

12 Weiterhin soll sich die Landesregierung auf Bundesebene, beispielsweise bei der
13 Kultusministerkonferenz, für eine bundesweite Harmonisierung der
14 Semesterzeiten und Anpassung an internationale Standards einsetzen.

1 AntragstellerInnen: Jusos Potsdam

2 Titel / Überschrift: Stipendienprogramm für Medizinstudierende

3 angenommen mit Änderungen angenommen

4 abgelehnt überwiesen an

5

6 Wir fordern die Landesregierung auf, zu prüfen, inwiefern es möglich ist, ein
7 Stipendienprogramm des Landes für Studierende der Humanmedizin zu schaffen.

8 Eine Teilnahme an diesem Stipendienprogramm beinhaltet die Übernahme der
9 Studien- und Lebenshaltungskosten während der Studienzeit. Im Gegenzug
10 verpflichten sich die unterstützten Studierenden für ein mindestens 5-jähriges
11 berufliches Wirken im brandenburgischen ländlichen Raum nach dem
12 Studienabschluss.

- 1 AntragstellerInnen: Juso-Landesvorstand
2 Titel / Überschrift: Überstunden gesetzlich begrenzen

- | | | |
|---|------------------------------------------------|----------------------------------------------------|
| 3 | <input checked="" type="checkbox"/> angenommen | <input type="checkbox"/> mit Änderungen angenommen |
| 4 | <input type="checkbox"/> abgelehnt | <input type="checkbox"/> überwiesen an |

5

6 Die SPD Brandenburg spricht sich für eine Begrenzung der zulässigen Überstunden
7 in Höhe von maximal 150 % der vertraglich festgelegten Wochenarbeitszeit aus.

8 Die SPD-Bundestagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, sich
9 für eine entsprechende Regelung im Arbeitszeitgesetz einzusetzen. Der SPD-
10 Landesvorstand wird aufgefordert, einen entsprechenden Antrag zum nächsten
11 Bundesparteitag einzureichen.

1 AntragstellerInnen: Jusos Potsdam

2 Titel / Überschrift: Zugang zur Digitalisierung ermöglichen – SchülerInnen-Bafög
3 anpassen

4	<input checked="" type="radio"/> angenommen	<input type="radio"/> mit Änderungen angenommen
5	<input type="radio"/> abgelehnt	<input type="radio"/> überwiesen an

6

7 Der Zugang zur Digitalisierung muss allen Menschen offenstehen, gerade auch
8 SchülerInnen, deren Bildungserfolg unter anderem vom Zugang zu Informationen
9 abhängt. Um auch weniger privilegierten SchülerInnen die Teilhabe an der
10 Digitalisierung zu ermöglichen, ist das brandenburgische SchülerInnen-Bafög
11 schrittweise von monatlich 100€ auf 150€ zu erhöhen, um auch SchülerInnen mit
12 finanziellem Förderbedarf Zugang zum – auch mobilen –Internet und digitalen
13 Medien wie etwa Zeitungsabonnements zu ermöglichen.